

"Schule ohne Bundeswehr NRW"

Positionen zu den Landtagswahlen 2017 in NRW

Mit dem Abschluss einer sogenannten Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und dem Schulministerium NRW 2008 wurde für das Auftreten der Bundeswehr in Schulen eine neue Grundlage gelegt. Diese räumt Jugendoffizieren der Bundeswehr das bevorzugte Recht ein, Schüler*innen über Militärpolitik zu informieren. Unterrichtsstunden werden dadurch häufig komplett durch die Bundeswehr gestaltet, Offiziere laden Klassen zum „Tag der offenen Tür“ oder zur Studienfahrt in die Kaserne ein. Jugendoffiziere sind die Türöffner für die Karriereberater der Bundeswehr, die diese dann für die Bundeswehr werben. Die Veränderung der Kooperationsvereinbarung durch die rot/grüne Landesregierung in 2012 hat daran nichts grundlegendes geändert. Spätestens nach Ablauf dieser Legislaturperiode bestätigt sich: die Aufnahme des Hinweises, dass auch Vertreter der Friedensbewegung in den Unterricht eingeladen werden können, hat in der Praxis kaum Auswirkungen und entkräftet nicht die Kritik, dass die Bundeswehr professionelle Öffentlichkeitsarbeiter an die Schulen schickt, um einseitig die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung zu propagieren. Die Auswirkungen dieser offensiven Werbetätigkeit an Schulen, die sich somit vorrangig an Minderjährige richtet, werden in der Zunahme der durch die Bundeswehr eingestellten Minderjährigen deutlich. 2016 wurden über 1500 Minderjährige bei der Armee an der Waffe ausgebildet.

Zu den Landtagswahlen 2017 rufen wir daher dazu auf, die Parteien und Kandidaten nach ihrer Meinung zur Beeinflussungs- und Werbetätigkeit der Bundeswehr und zur Friedensbildung zu befragen. Dies kann bei Wahlveranstaltungen, Infoständen oder Bürgersprechstunden direkt passieren, aber auch per E-Mail und auf anderen Kommunikationswegen.

Kooperationsvereinbarung kündigen

Auch wenn die Bundeswehr schon vor 2008 an Schulen aktiv war, wurden diese Aktivitäten durch die Kooperationsvereinbarung noch einmal auf eine neue Stufe gehoben. Das Schulministerium vermittelt durch diese Vereinbarung den Eindruck, als wüsche und unterstütze es den Auftritt von Jugendoffizieren und anderen Bundeswehrangehörigen an Schulen. Damit werden Lehrer*innen und Schulleiter*innen im Sinne der Bundeswehr beeinflusst.

- Wie stellt sich Ihre Partei vor, diese Situation zu verändern, die der geforderten politischen Neutralität der Schule nicht gerecht wird?
- Unterstützt Ihre Partei die Forderung zahlreicher Organisationen und Initiativen nach Kündigung der Kooperationsvereinbarung?

Keine Rekrutierung Minderjähriger

Das Zusatzprotokoll der UN-Kinderrechtskonvention verbietet den Einsatz von Kindersoldaten und empfiehlt als Altersgrenze für Einberufungen 18 Jahre. Dieser Empfehlung haben sich inzwischen 113 Staaten angeschlossen und rekrutieren keine Minderjährigen. Deutschland gehört hier zur Gruppe der unrühmlichen Ausnahmen. Zunehmend stellt die Bundeswehr unter 18-jährige als Freiwillige ein. Die Bundeswehr tritt immer häufiger mit ihren Werbekampagnen insbesondere an junge Menschen heran. Mit ihren Plakaten, der Youtube-Kampagne „Die Rekruten“ oder auf Spielemessen wie der „Gamescom“ versucht sie, ihr Image bei Jugendlichen aufzubessern und diese für die Armee zu gewinnen. Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes empfiehlt der Bundesrepublik Deutschland, alle Formen von Werbekampagnen für die deutschen Streitkräfte, die auf Kinder abzielen, zu verbieten.

- Wie steht Ihre Partei zur Rekrutierung Minderjähriger durch die Bundeswehr?
- Unterstützt Ihre Partei die Forderung des Deutschen Bündnis Kindersoldaten, die Rekrutierung Minderjähriger zu beenden?
- Unterstützt Ihre Partei die Forderung, das Werben der Bundeswehr auf schulischen und schulnahen Veranstaltungen auszuschließen?
- Unterstützt Ihre Partei die Forderung, jegliche Werbung der Bundeswehr, die sich an Minderjährige richtet, zu verbieten?

Friedensbildung stärken

Das Schulgesetz des Landes NRW fordert, die Friedensgesinnung der Schülerinnen und Schüler zu stärken. Ein Erlass aus den 80er Jahren, der dazu Regelungen vorsah, wurde 2003 ersatzlos außer Kraft gesetzt. Eine

systematische Auseinandersetzung mit kriegs- bzw. friedensfördernden Strukturen in unserer globalisierten Welt findet nicht statt, ebenso keine Beschäftigung mit zivilen Methoden der zwischen- und innerstaatlichen Konfliktbearbeitung.

- Wie steht Ihre Partei zur Stärkung der Friedensbildung an Schulen in NRW?
- Unterstützt Ihre Partei die Forderung, Friedensbildung in den Lehrplänen der Schulen verbindlich zu verankern.

Schule ohne Bundeswehr NRW

c/o DFG-VK NRW

Braunschweiger Str. 22

44145 Dortmund

www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de